



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Mittwoch, 25. Januar 2012

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Dezember informieren.

Die erfreulichste Nachricht des ausgehenden Jahres war, dass der Freistaat Bayern im November und Dezember 2011 insgesamt **700 Millionen Euro Steuern zusätzlich einnehmen** konnte – eine Summe, die nun auch in den Nachtragshaushalt 2012 einfließen muss. Fest steht, dass mit diesen Geldern keine großen neuen Investitionen angestoßen werden – der Entwurf des Nachtragshaushalts 2012 sieht bereits eine enorm hohe Investitionsquote vor -, sondern vor allem die Konsolidierung des Bayerischen Staatshaushalts fortgesetzt werden soll. Im Sinne einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik habe ich mich dafür ausgesprochen, in diesem Sinne die seit 2010 ausgesetzten Zahlungen in den Pensionsfonds wieder aufzunehmen. Mit dem vom Freistaat aufgelegten Fonds werden ab 2018 die hohen Pensionsverpflichtungen für die bayerischen Beamtinnen und Beamten abgedeckt und der Haushalt auf diese Weise entlastet. Der Fonds ist also Vorsorge im besten Sinn. Ebenfalls nachhaltig und hilfreich ist das „Sonderprogramm Abfinanzierungsstau“, mit dem der Freistaat Vereinen, Kommunen und Institutionen Geld schneller als bisher geplant zurückzahlt, das er sich bei ihnen – etwa für den Bau privater Schulen, für Kleinkläranlagen oder Sportstätten - geliehen hat. Ich hatte in meinem letzten Newsletter hierüber berichtet. Nach meiner Ansicht sollten die zusätzlichen Steuereinnahmen auch dafür verwendet werden, dieses Sonderprogramm noch besser auszustatten. Hierdurch würden schließlich ebenfalls Schulden abgebaut – und die ersparten Zinsen kämen den eigentlichen Zwecken der betroffenen Vereine und Institutionen zugute.

Auf der Tagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth, die in der letzten Woche stattgefunden hat und über die ich Ihnen/Euch in den nächsten Tagen in einem eigenen Newsletter berichten werde, hat die Diskussion eine neue Wendung bekommen, indem die Fraktion sich zum Ziel gesetzt hat, dass Bayern nicht nur seinen ausgeglichenen Haushalt fortführt, sondern bis zum Jahr 2030 auch seine gesamten alten Schulden abbezahlt hat, für die der Freistaat pro Jahr etwa 1,1 Milliarden Euro Zinsen zahlt. Das ambitionierte und visionäre Ziel der Schuldenfreiheit bis 2030 ist nur erreichbar, wenn Bayern pro Jahr etwa eine Milliarde Euro Altschulden tilgt. Die Fraktion möchte deshalb in den Haushalt 2013 eine Summe in etwa dieser Größenordnung zum Schuldenabbau einstellen. Damit würde Bayern in seiner finanzpolitischen Pionierrolle in

Deutschland und in Europa weiter vorangehen. Dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen, soll nach dem Willen der Staatsregierung auch eine Reduktion der bayerischen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich. Jahr für Jahr fließen aus Bayern derzeit etwa 3,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer, die bisweilen – wie etwa das Land Berlin – gar nicht bereit sind, eigene Sparanstrengungen zu unternehmen – Geld, das wir gut zum Schuldenabbau verwenden könnten.

Die Diskussion um den Abbau der Staatsschulden beeinflusst inzwischen auch die Frage der Zahlungen in den Pensionsfonds. Es gibt Stimmen, die sich – gerade angesichts der derzeit niedrigen auf dem Kapitalmarkt zu erzielenden Zinsen und der im Vergleich dazu höheren Schuldzinsen, die Bayern für seine Kredite aufwenden muss – gegen eine weitere Zuführung in den Pensionsfonds aussprechen und die Beträge statt dessen lieber für einen Schuldenabbau verwenden wollen. Wie diese Diskussion ausgeht, lässt sich aktuell noch nicht sagen. Fest steht allerdings, dass das Ziel beider Wege dasselbe ist: finanzpolitische Stabilität und eine Sicherung der Pensionszahlungen für unsere Beamtinnen und Beamten.

Just heute wird Ministerpräsident Horst Seehofer im Landtag seine Ziele konkretisieren: mit einer **Regierungserklärung zum Thema „Lebensqualität sicher, Zukunft gewinnen. Gemeinsam für eine starke Heimat – Aufbruch Bayern“**, die ab 13 Uhr beginnen wird.

Zwei weitere finanzpolitische Punkte, die ich für sehr wichtig halte, scheinen aber im Nachtragshaushalt 2012 realisiert werden zu können: eine **Aufstockung der Mittel für die Asylsozialarbeit**, die angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen notwendig geworden ist. Die Caritas Dachau bestreitet diese Arbeit derzeit zu etwa zwei Dritteln aus Eigenmitteln. Dies ist zuviel und nimmt der Caritas dauerhaft auch die Luft für ihre anderen Aufgaben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass an dieser Haushaltsstelle nachgebessert werden kann.

Zweitens müssen wir dem aufziehenden Fachkräftemangel gerade in der Pflege begegnen. Kampagnen wie „Herzwerker“ sind hier sehr erfolgreich. Ziel ist es, dass Altenpflegeschulen, die bisher kein Schulgeld erhoben haben, auch künftig keines erheben müssen. Der Haushaltsansatz für **staatliche Zuschüsse in die Altenpflegeausbildung** sollte deshalb ebenfalls moderat angehoben werden. Auch hierfür sieht es ganz gut aus.

Auf eine weitere Initiative wollte ich Sie/Euch zum Abschluss ebenfalls aufmerksam machen: Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat eine neue **Kampagne zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements** aufgelegt und einen **Fotowettbewerb** initiiert.

Dem liegt folgendes zugrunde: In Bayern ist die Bereitschaft für ein ehrenamtliches Engagement besonders groß. Fast 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind bei uns bereits ehrenamtlich tätig. Auch im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums ist eine Vielzahl von Menschen ehrenamtlich engagiert: Allein bei den Freiwilligen Feuerwehren, bei den Hilfsorganisationen und beim Technischen Hilfswerk sind über 450.000 Frauen und Männer ehrenamtlich aktiv. Hinzu kommen etwa 33.000 Menschen bei den Verkehrswachten, rund 740 bei der Sicherheitswacht und über 37.000 Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Gemeinderäten, Kreistagen und Bezirkstagen einbringen. Für diese und noch andere ehrenamtliche Tätigkeiten ist jetzt unter www.ehrenamt.bayern.de jeweils eine eigene Internetseite mit Informationen und Verlinkungen zu den zuständigen Organisationen und Verbänden eingerichtet. Die neuen Internetseiten wollen auf die große Vielfalt des Engagements aufmerksam machen und Anregungen geben sowie noch mehr Menschen inspirieren und neugierig machen, wie sie sich in unserer Gemeinschaft einbringen können.

Hierzu soll auch der **Fotowettbewerb "Wir sind Ehrenamt – Unsere Ehrenamtlichen stellen sich vor"** dienen. Alle Ehrenamtlichen, die sich im Bereich des Innenministeriums engagieren, sind dabei aufgerufen, Fotos über ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit ihrem Ehrenamt einzusenden. Die besten Bilder werden von einer unabhängigen Jury – mit Uli Hoeneß als Vorsitzendem – ausgewählt und prämiert. Egal, ob man bei der Feuerwehr, bei den Hilfsorganisationen, in der Kommunalpolitik oder in einem Stadtteilverein aktiv ist: Mit den Fotos können die ehrenamtlich Tätigen ihre ganz persönlichen Erfahrungen darstellen und zeigen, was das Ehrenamt für sie aus-

macht: das Gemeinschaftserlebnis, die Hilfe für Mitmenschen oder der gemeinsame Rettungs- und Hilfeinsatz. Einsendeschluss ist der 12. März 2012. Die besten Fotos werden von einer Jury ausgewählt, der neben Uli Hoeneß auch Vertreter von Organisationen und Verbänden angehören, in denen sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Den besten Beiträgen winken interessante Preise, etwa ein mit 500 Euro gefülltes Sparschwein oder ein Wochenende für zwei Personen an der Zugspitze.

So wünsche ich für eine Teilnahme viel Erfolg – und nun eine gedeihliche Lektüre.

Mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen verbleibe ich für heute

Ihr/Euer Bernhard Seidenath

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'B' followed by the name 'Bernhard Seidenath' written in a cursive script.

Dezember 2011

Gesamtkonzept für die ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern der Grundschule

Bedarfsgerechte Ganztagsangebote an Grundschulen sind einerseits eine Notwendigkeit, andererseits aber **auch eine pädagogische Bereicherung** für unsere Schüler und deren Eltern.

Mit diesem Angebot **verbessern wir die individuelle Förderung** und tragen zu **mehr Chancengerechtigkeit** bei. Außerdem sind Ganztagsangebote ein wichtiger Baustein zur **besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

Die **vorhandenen** Ganztagsangebote gehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ein und haben daher unterschiedliche Profile und Schwerpunkte. Diese Angebote sind auch weiterhin notwendig – **Horte für Schulkinder, altersgeöffnete Kindergärten, Häuser für Kinder** und die **Tagespflege** ebenso wie die **Mittagsbetreuung** und die **gebundenen Ganztagsklassen** an Grundschulen.

Notwendig ist allerdings eine **bessere Vernetzung der Angebote**, damit die örtlichen Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können und auch Teilnehmer schulischer Ganztagsangebote die pädagogischen Vorteile, die erweiterten Öffnungszeiten und die Fe-

rienbetreuung der Kindertageseinrichtungen wahrnehmen können.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefördert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von Staat und Kommunen die **Schul- und örtliche Bedarfsplanung** nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) **besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen**.

Beide Planungen müssen dabei die **Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern zum Entscheidungsmaßstab machen** und die bestehenden schulischen Angebote ebenso berücksichtigen wie die vorhandenen Kindertageseinrichtungen. Außerdem soll die Staatsregierung **aufzeigen**, wie die **Ganztagsangebote der Grundschule und der Kindertageseinrichtungen kombiniert** werden können, um eine ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung bedarfsgerecht sicherzustellen und die Vorteile der unterschiedlichen Systeme nutzbar zu machen.

Auch soll angestrebt werden, dass **alle Angebote** der Bildung, Erziehung und Betreuung von Schulkindern, schulische wie solche der Kinder- und Jugendhilfe, **kooperieren** und sich **vernetzen**.

Die Staatsregierung soll ferner aufzeigen, wie im Rahmen der Experimentierklausel des Art. 29 BayKiBiG eine **Modellförderung** ausgestattet werden kann, nach der Schule und Kindertageseinrichtung das Ganztagsangebot gemeinsam gestalten. Durch **kooperative Zusammenarbeit von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fach-**

kräften soll ein zeitlich und inhaltlich erweitertes Bildungs-, Betreuungs- und Förderangebot an Schulen entstehen, das insbesondere zur **Bildungs- und Chancengerechtigkeit** beiträgt. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Fachkräfte an den Schulen nicht ausschließlich zu Rand- und Ferienzeiten eingesetzt werden.

Hierüber soll die Staatsregierung den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport sowie für Soziales, Familie und Arbeit **bis Mitte Mai 2012 berichten**.

Mittlere-Reife-Züge für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Neben den Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung standen in Bayern zum Stichtag 1. Oktober 2009 an bayerischen Förderschulen zwölf Klassen mit Mittlere-Reife-Zug für insgesamt 131 Schüler zur Verfügung.

Um die **Durchlässigkeit** für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf **weiter zu erhöhen**, sollen die Chancen zum Besuch von Mittlere-Reife-Zügen verbessert werden. Damit wollen wir die **Möglichkeiten** zum Erwerb eines bestmöglichen Bildungsab-

schlusses für talentierte Schüler **erweitern** und entsprechende **Anschlussmöglichkeiten eröffnen**.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel verstärkt die **Einrichtung und den Besuch** von Mittlere-Reife-Zügen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf **zu unterstützen**.

Rettungsassistenten: Berufseinstieg für Hauptschüler erleichtern

Nach § 5 Rettungsassistentengesetz genügt zwar für den Zugang zum Lehrgang als Rettungsassistent der **Haupt-**

schulabschluss, jedoch wird vom Gesetz zusätzlich ein **Mindestalter von 18 Jahren gefordert**. Da die meisten

Schüler **noch nicht volljährig** sind, wenn sie die Hauptschule abschließen, müssen Hauptschulabsolventen mit dem Berufswunsch Rettungsassistent die Zeit bis zu ihrem 18. Geburtstag **anderweitig überbrücken**, bevor sie überhaupt mit der Ausbildung beginnen können.

Um Hauptschülern den **Zugang zum Beruf des Rettungsassistenten** nicht

nur theoretisch, sondern **auch praktisch zu ermöglichen**, haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, sich im Rahmen der Novellierung des Rettungsassistentengesetzes auf Bundesebene **dafür einzusetzen**, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Hauptschulabschluss, die **noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet** haben, ein **Zugang zur Ausbildung** ermöglicht wird.

Bürgerbusse unterstützen

Bürgerbusse bieten nach dem Motto „**Bürger fahren Bürger**“ Beförderungsleistungen an, die den **Öffentlichen Personennahverkehr ergänzen**. In der Regel werden diese Verkehre von **ehrenamtlich tätigen Fahrerinnen und Fahrern** durchgeführt. Der Einsatz solcher Busse kann helfen, die **Grundversorgung** mit Mobili-

tätsleistungen **vor allem im ländlichen Raum sicherzustellen**.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert **zu prüfen**, auf welche Weise Bürgerbusinitiativen im Freistaat **finanziell unterstützt** werden können.

Produktion und Handel mit der Modedroge Crystal in der Tschechischen Republik bekämpfen

Die **extrem schnell süchtig** machende und zu **schweren körperlichen und geistigen Schäden** führende **Modedroge Crystal** verbreitet sich im Grenzgebiet Bayerns zur Tschechischen Republik rasant.

Nach der Berichterstattung in den Medien haben die Beamten der Bayerischen Polizei in Oberfranken **im ersten Halbjahr 2011** bereits **so viele Drogenfälle aufgedeckt wie im gesamten Jahr 2010**.

Vor Gericht geben **die meisten Angeklagten** an, dass sie die Modedroge Crystal auf den **sog. Vietnamesenmärkten in Eger und Asch** gekauft haben.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, **bei der Regierung der Tschechischen Republik** nachhaltig darauf hinzuwirken, dass die **Produktion und der Handel** mit der Modedroge Crystal, insbesondere in den grenznahen

Gebieten zu Bayern, von den **tschechischen Strafverfolgungsbehörden intensiver verfolgt** und der regelmäßige länderübergreifende **Erfahrungsaustausch der Strafverfolgungsor-**

gane verstärkt wird. Über die **konkreten Ergebnisse** der Zusammenarbeit mit der Tschechischen Regierung soll die Staatsregierung **dem Landtag berichten**.

Verstärkter Einsatz von Langzügen auf der S4

Der **Bayerische Landtag** hatte sich bereits in seiner Plenarsitzung am 17. Mai 2011 **einstimmig für den Einsatz von Langzügen in den Hauptverkehrszeiten**, vordringlich bei der S4, **ausgesprochen**.

Das **Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie** erklärte am 22. September 2011, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 der am meisten ausgelastete Zug der S4 (Geltendorf ab 6.14 Uhr) von einem zweiteiligen Vollzug zu einem dreiteiligen Langzug **verstärkt** wird. Zusätzlich sollen am

Freitagnachmittag die drei frequentiertesten Züge verlängert werden.

Diese **Verbesserungen** haben allerdings **eher kosmetischen Charakter** und tragen nach Meinung der betroffenen S-Bahnnutzer kaum zur Lösung des Problems bei.

Wir haben die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass **so rasch wie möglich** bei der **S4** in den Hauptverkehrszeiten **Langzüge eingesetzt** werden.

Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung

Der **Antibiotikaeinsatz** in der landwirtschaftlichen Tierhaltung ist **durch viele Faktoren bedingt**. Kurzfristige oder einseitige Lösungen gibt es daher nicht.

Auftrag der Tierarzneimittelüberwachung ist es, **zu prüfen**, ob Arzneimittel **entsprechend den arzneimittelrechtlichen Vorgaben** eingesetzt werden. Erkrankten Tiere, sind sie zu behandeln. Dies gebieten **Tierschutz und tiergesundheitliche Aspekte** ei-

nerseits, aber auch **betriebswirtschaftliche Erwägungen** andererseits.

Der entscheidende Ansatzpunkt zur **Minderung des Antibiotikaeinsatzes** ist daher, die Gründe, die zur Erkrankung führen, zu erforschen und nach Wegen zu suchen, sie soweit wie möglich abzustellen.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass **Maßnahmen zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes** in der landwirtschaftlichen Tierhaltung **entwickelt werden**.

Zudem soll die Staatsregierung auf den Bund einwirken, **verstärkt Aspek-**

te der Produktionshygiene als den Arzneimitteleneinsatz nach Art und Höhe wesentlich mitbestimmende Faktoren in die Lösung der Antibiotikaresistenzproblematik **einzu beziehen**. Dies soll insbesondere zu einer Senkung des Antibiotikaverbrauchs in der landwirtschaftlichen Tierhaltung beitragen.

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation – KOM(2011) 654 endg.

Im Rahmen einer **Subsidiaritätsrüge** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, bei den **Beratungen des Bundesrates** zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtlichen Sanktionen für Insider-Ge-

schäfte und Marktmanipulation (BR-Drs. 646/11) **auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen**. Ferner soll sie darauf hinwirken, dass diese Bedenken **auch Eingang in die Stellungnahme des Bundesrates** finden.